

《資料》

三月革命期における騎士領プルシェン  
シュタイン所属村落(南ザクセン)から  
の請願書 (I)

松 尾 展 成

(1) 1848年5月28日付請願書

(Petition vom 28. Mai 1848.)

(Staatsarchiv Dresden. Ständeversammlung 1833-1918. Nr. 2815.  
Landtag 1848. Acta der I. Kammer. Nr. 59. Die Petition der  
Gemeinden mehrer Dörfer der Amtsbezirke Lauterstein und Freiberg  
über verschiedene Gegenstände der Gesetzgebung betr.)

/Bl. 1/

(Eing. d. 5. Juni 1848.

Zug. 4 Pf. Pto. u. Bsl.)

(I. K. 28, IV. Dep. 9.)

An die Hohe Ständeversammlung des Königreichs Sachsen.

Bei dem Zusammentritt der Hohen Ständeversammlung des König-  
reichs Sachsen zu einem außerordentlichen Landtage, gestatten  
sich die ehrerbietigst unterzeichneten Gemeinden durch ihre  
gesetzmäßigen Vertreter folgende Wünsche und Beschwerden zur  
Hochgeneigten

/Bl. 1b/ Berücksichtigung vorzutragen. Es enthalten diese  
Anträge nur Bitten um Abstellung derjenigen Uebelstände, welche  
jedem einzelnen Gemeindemitgliede gleich fühlbar geworden sind,  
um im Interesse der Wiederherstellung völliger Ruhe, der blei-  
benden Beruhigung der aufgeregten Gemüther eine schleunige Ab-  
stellung erheischen. Dieselben bestehen :

1. "In der Aufhebung der unnatürlichen Rechte der Geburt des

1.  
Am 25. Juli 1848  
König v. Sachsen

An

die Hohe Landesversamm-  
lung  
des Königreichs Sachsen.

Seiner

Landesversammlung  
der hohen Landesversammlung  
König des Königreichs Sachsen  
zu einem unabweisbaren  
Landtag, zu halten sich  
in Sachsen, zu bezeichnen  
wollen. Ihnen die über die  
gesetzlichen Verhältnisse  
folgenden Artikel sind das  
Gesetz zur Ergänzung

IV  
28

W. Sep. 9.

Adels, in der Aufhebung sämmtlicher den Adel und die Rittergutsbesitzer bevorzugenden Gesetze sowie der von Letzteren noch ausgeübten, unseren Zeitverhältnissen unangemessenen, Rechte".

Der Adel und die Rittergutsbesitzer bilden in unserem Staate eine Kaste, der die Gesetzgebung eine Reihe von Vorrechten eingeräumt hat, wodurch dieselbe anderen Staatsbürgern gegenüber eine ungleiche Stellung einnimmt. Diese Rechte ver-  
/Bl. 2/ dankt der Adel größtentheils einer Zeit, in welcher derselbe als Grundstütze des Staates angesehen wurde und demselben in der That mannigfache Dienste leistete, welche gegenwärtig eine gleichmäßige Verpflichtung aller Staatsbürger geworden sind.

Hierdurch ist jedoch die Aufhebung jener Vorrechte bedingt, die zum großen Theile mit der Zeit bereits unpraktisch geworden sind.

Nur beispielsweise finde hier die Bevorzugung des Adels rücksichtlich der Kleiderordnung, des Spiels, der Befreiung vom Aufgebote, der Haustrauung, der Haustaufe, der Anzahl der Taufzeugen und der Pathengeschenke, das demselben im Mandate wider die Selbststrache eingeräumte Recht in Injurienfällen auf eine härtern Bestrafung der Gegner anzutragen.

Zu der dem Adel allein eingeräumten Stiftsfähigkeit im Hochstifte Meißn und Fähigkeit zur Bekleidung von  
/Bl. 2b/ Hofämtern fügte der Gerichtsbrauch das Recht auf Competenzgelder im Concurse, und bei Besetzung aller übrigen Stellen bevorzugten die früheren Staatsministerien die Adlichen vor den Bürgerlichen auf eine in die Augen springende Weise.

Zu diesen Berechtigungen zeichneten den Adel außer der Voraussetzung des Wörtchens "von" vor den Namen je nach der Höhe des Adels eine Unmasse von Titeln aus, welche mitunter höchst abgeschmackt klangen; ja der Adel verlangte sogar, daß ein, wegen entehrender Vergehungen bestrafter, Adlicher zur Strafe in den Bürgerstand versetzt werde, als ob dem Letzteren an der Ehrenhaftigkeit seiner Mitglieder nicht ebensoviel gelegen sein müßte, als dem Adel. Nicht minder umfangreich waren die Berechtigungen, welche der Staat den Rittergutsbesitzern einräumte.

Die großen Rittergüter genossen völlige Steuerbefreiung, und

der kleine Grundbesitz mußte für diese die Steuern  
/Bl. 3/ mit aufbringen.

Ebenso war es mit den Militairleistungen, die Rittergüter blieben von Einquartirung befreit, und das Gesetz vom 11. September 1843 enthält nach Art. 10 und Art. 14 Bestimmungen zu Gunsten der Rittergutsbesitzer.

Bei Aufbringung der Parochiallasten wurden den Rittergutsbesitzern gleichfalls im Gesetze vom 8. März 1838 Art. 9 fg. und besonders Art. 15 besondere Vergünstigungen verwilligt.

Diese Vergünstigungen des Adels und der Rittergutsbesitzer mußten sich immer mehr vermehren; denn während der Bürger und Bauer im Schweiß seines Angesichtes die Steuern und Abgaben bezahlte, ohne dafür besondere Berechtigungen zu genießen, gelangten die von allen Leistungen befreiten Adlichen und Rittergutsbesitzer leicht zu den höchsten Würden im Staate, sie beschickten die Landtage und wußten ihren Einfluß geschickt zur Vermehrung ihrer Befugnisse zu verwenden.  
/Bl. 3b/

Die Ausübung der Jagd auf der eignen Flur wurde auch auf die Fluren der Gerichtsbefohlenen erstreckt, ebenso wurde die Fischerei auch in den Bächen ausgeübt, deren Ufer nicht von Ritterguts-Grund und Boden berührt wurde.

Dabei übte der Rittergutsbesitzer zugleich durch seinen Gerichtsdirektor, dem er wie seinen Dienstboten nach Belieben kündigen konnte, die Justiz aus und es wagte natürlich kein Gerichtsbefohlener jenen Übergriffen zu widersprechen, weil er wohl wußte, wie hart die Patrimonialjustiz jede Verweigerung eines von der allgemein gefürchteten Gutsherrschaft in Anspruch genommenen Rechtes bestrafte. So kam es, daß die Leistungen der Gerichtsherrschaften gegen die Unterthanen nach und nach mehr und mehr aufhörten, die Verpflichtungen der Unterthanen aber fortwährend zunahmen. Das bei Aufnahme von Capitalien gegen Verunterpfändung der Grundstücke an die Gutsherr-

/Bl. 4/ schaften zu entrichtende Gunstgeld wird heute noch bezahlt, obwohl die Gewährleistung der Gerichtsherrschaften für die Sicherheit der Capitalien längst aufgehört hat. Die an die Gerichtsherrschaften für Lieferung billigeren Holzes an die Unterthanen zu zahlenden Abgaben verblieben, während die Holzlieferungen aufhörten. Die Gerichtsunterthanen, welche gegen-

wärtig durch die eingeführte Volkswehr ihre Gutsherrschaften schützen, bezahlen noch heute Schutzgeld für den den Unterthanen vor Jahrhunderten durch ihre Reißigen gewährten Schutz. Die herrschaftlichen Zinsen für die Steuerfreiheit der den Unterthanen käuflich überlassenen steuerfreien Rittergutstheile, verblieben auch nach erfolgter Auflegung der Steuern.

Dabei unterließen die Gerichtsdirektoren nicht, die Gutsherrschaft bei der Ertheilung jeder in ihrem Ressor liegenden Concession mit Auflegung von Abgaben reichlich zu bedenken.

Für Ertheilung der Bau-Concession wurde dem Erbauer eines neuen Hausgrundstücks ein jährlicher herrschaftlicher Zins auferlegt.

Ohne Rücksicht auf Concurrenzwurde demjenigen Concession zur Anlegung einer Mühle ertheilt, der sich zum höchsten jährlichen canon an die Gutsherrschaft erbot.

Sogar die Anstellung der Schornsteinfeger maaßten sich die Gutsherrschaften in den Gerichtsdörfern an.

Bei den Ablösungen der herrschaftlichen Gefälle machten die Ablösungs-Commissäre, welche bei den Gutsherrschaften wohnten und speisten, oft förmlich die Advocaten derselben, und der ohne rechtlichen Beistand erschienene Landmann ließ sich gutmüthig zu Allem überreden.

So war der Bauer stets ein bloßes Werkzeug in den Händen der Rittergutsbesitzer, verbunden, die Abgaben derselben an den Staat mit zu übertragen, mit Abgaben an die Gutsherrschaften überlastet, ohne jedoch eine Berechtigung auf Rechtsschutz, eine Vertretung seiner Inte-

/Bl. 5/ ressen erreichen zu können.

Die Gerichtsdirektoren unterließen dabei nicht, jede Abgabe auch gegen den Willen der Interessenten in die Kaufs-Urkunden zu setzen und nöthigten die Pocciscenten durch Verweigerung der Confirmation zur Verlehnung des Inventars und zur Duldung anderer Gesetzwidrigkeiten.

Hierauf gründen wir noch folgende gehorsamste Anträge :

2. "auf Ernennung einer Commission, welche die Rechtsmäßigkeit der an die Gutsherren zu entrichtenden Abgaben, sowie der bei den Ablösungen von den Ablösungs-Commissionen ausgeworfenen Renten zu prüfen hat, um hierdurch prozessualische Weitläufigkeiten zu vermeiden und die Übernahme der ausfallenden Ablösungsrenten auf

die

/Bl. 5b/ Staatskasse, indem sich nur auf diese Weise eine völlig gleiche Besteuerung im Lande herbeiführen läßt, was den ohnehin von der Natur so stiefmütterlich behandelten Gebirgsbewohnern am meisten zu gönnen wäre",

3. "auf Aufhebung des Jagdbefugnisses, so daß ein jeder auf seinen Fluren selbst zu jagen berechtigt",

4. "auf freie Benutzung der fließenden Gewässer und Ausübung des Fischerei-Befugnisses in denselben von den anliegenden Grundstücksbesitzern",

5. "auf Aufhebung der Concessions-Befugnisse der Gerichtsherrschaften, die Anlegung von

/Bl. 6/ Mühlen und den Bau neuer Häuser betreffend, in Folge des damit getriebenen Mißbrauchs",

6. "auf Aufhebung des angeblichen Rechts der Gerichtsherrschaften, die Anstellung der Schornsteinfeger in den Gerichtsdörfern betreffend und auf Übertragung dieses Befugnisses auf die Gemeinden".

Ein nicht minder wichtiges Recht der Gerichtsherrschaften, welches in die natürliche Freiheit der Gemeinden störend eingreift, ist das Patronatrecht. Die sittliche und geistige Erhebung ganzer Ortschaften, sowie andererseits das moralische und intellektuelle Darniederkommen derselben hängt davon ab, ob dieselben zu ihren Geistlichen und Schullehrern Männer haben, denen jeder sein Vertrauen schenken kann. Es ist daher ein aus den Verhältnissen der Landgemeinden hervorgehendes, deren sittlichen

/Bl. 6b/ und geistigen Zustand bedingendes heiliges Recht derselben, diejenigen Männer, denen sie die Erziehung ihrer Kinder, ihre eigne Bildung ans Herz zu legen gedenken, selbst nach bester Überzeugung wählen zu können. Auch dieses Recht wurde den Gemeinden zeither durch die Gerichtsherrschaften entrissen, welche dasselbe als eine willkommene Gelegenheit betrachteten, persönliche Verbindlichkeiten abzumachen, oder ihre Hauslehrer unterzubringen, ohne darnach zu fragen, ob die Gemeinden zu den ihnen als Lehrer oder Seelensorger aufgedrungenen Personen Liebe und Vertrauen hatten. Es kann daher der Antrag,

7. "auf Aufhebung des Patronatrechtes und Anstellung der Geistlichen und Schullehrer durch die Gemeinden",

gewiß nur als ein höchst zeitgemäßer und billigenswerther bezeichnet werden. Hieran knüpft sich der Wunsch,  
/Bl. 7/ 8. "eine Fixation der Geistlichen und Schullehrer eintreten zu lassen",

da die Erhebung der Stolgebühren, insbesondere des Beichtgeldes mit der dem geistlichen Stande zu wünschenden allgemeinen und ungeschmälernten Achtung nicht immer ganz im Einklang steht, vielmehr aus dem Bezug jener matrikelmäßigen Gebühren, der Ablieferung des Decems, der Einnahme des Beichtgeldes, oft kleinliche, des geistlichen Standes unwürdige, Streitigkeiten und Differenzen entstehen. Nicht weniger der Würde des geistlichen Standes unangemessen dürfte die Bewirthschaftung der Pfarrgüter erscheinen, welche schon an sich den Geistlichen von seinen Berufsgeschäften abzieht. Die Einziehung der Pfarrgüter und Verwendung des Erlöses derselben zur Fixation der Geistlichen würde sich demnächst als eine von der Zeit gebotene Nothwendigkeit herausstellen.

Mit diesem Punkte in enger  
/Bl. 7b/ Verbindung steht die Bevormundung, welche zeither in Kirchen- und Schulsachen von den Inspektionen, sowie den denselben vorgesetzten Mittelbehörden ausgeübt wurde und insbesondere bei der Verwaltung des Kirchenvermögens, bei vorkommenden Bauten der geistlichen Gebäude in einer die Freiheit der Kirchen- und Schulgemeinden aufs Tiefste kränkenden Weise gehandhabt wurde. Die durch die angeordneten Vorerörterungen entstandenen Unkosten waren oft so bedeutend, daß man im Interesse der davon betroffenen Cassen die zweckmäßigsten Bauveränderungen soweit als möglich hinausschob. Dagegen wurde die Stimme der zunächst beteiligten Gemeinden nur in wenigen Fällen gehört. Es dürfte daher wohl

9. "eine größere Selbstständigkeit der Gemeinden in Kirchen und Schulsachen überhaupt erwünscht erscheinen".

/Bl. 8/ Diese Bevormundung der Gemeinden in Bauangelegenheiten Seiten der vorgesetzten Behörden erstreckt sich jedoch ebenfalls auf die Bauten der Privatpersonen. Fast jeder Bauveränderung geht eine kostspielige Besichtigung des Gerichts voraus und gegen die Bestimmung Art. 2 Cap. I der Dorffeuerordnung vom 18. Februar 1775 werden fast allenthalben von den Königlichen Ämtern, sowie von den Patrimonialgerichten für die diesfallsigen Erörterungen Kosten

liquidirt.

Obwohl ferner nach Art. 4 sub 2 der Verordnung vom 11. März 1841 für die hiesige Gegend die Auflegung der Strohdachung gestattet ist, kommt doch diese Wohlthat den Bewohnern deshalb nicht zu statten, weil die meisten Obrigkeiten nach Art. 10 der Hohen Verordnung der hiernach erforderlichen Entfernung halber, die in den meisten Fällen gar nicht zu ermöglichen ist, erst eine kostspielige Dispensationsertheilung erfordern. In diesen Fällen ist von den Mittelbehörden

/Bl. 8b/ bald die erbetene Dispensation ertheilt oder verweigert, bald unter Bezugnahme auf Art. 4, 2 der Verordnung eine Dispensationsertheilung für unnöthig erachtet worden.

Wahrhaftig peinlich aber ist das Verfahren der Königlichen Hohen Brandversicherungs-Commission, welche unfähig, sich von den starren Formen nur im Mindesten loszumachen, ohne Rücksichtnahme auf klimatische Verhältnisse und auf die Mittel der Bauenden in der streng consequenten Durchführung ihrer einmal angenommenen Grundsätze ihren höchsten Ruhm sucht. Diese macht die nach Art. 6 der angezogenen Hohen Verordnung den Obrigkeiten nachgelassene Erlaubnißertheilung zur Anlegung der für die kleinen Gebirgswohnungen so zweckmäßigen Preßössen geradezu zur Unmöglichkeit. Dessenungeachtet sind gerade die Preßössen für die hiesige Gegend die bewährtesten; denn, während die weit kostspieligeren Ziegel-/Bl. 9/ össen durch die harte Winterkälte öfters springen, haben Preßössen nicht selten dem Brande ganz allein widerstanden. Auch sind dieselben, wenn sie sonst gut gebaut werden, keineswegs feuergefährlich. Hiernach gründen wir die Bitten :

10. "um Einschärfung der Bestimmung Cap. I, Art. 2 der Dorf-feuerordnung, das kostenfreie Expediren in Baupolizeisachen betreffend",

11. "um Interpretation von Art. 4, 2. der Verordnung vom 11. März 1841 dahin, daß es zur Auflegung von Strohbedachung in hiesiger Gegend keiner Dispensation bedarf", und

12. "um Gestattung der Preß-  
/Bl. 9b/ össen in hiesiger Gegend".

Da man ferner den Gemeinden wohl den Bildungsgrad zutrauen kann, die Wahlen ihrer Vertreter selbst veranstalten und leiten zu können, so dürfte die Concurrenz der Obrigkeiten hierbei überflüssig geworden sein, und

13. "inskünftige die Wahl der Gemeindevertreter durch die Gemeinden selbst ohne Concurrrenz der Obrigkeiten"

unbedenklich erscheinen.

Das Aufkommen der Landwirthschaft i m Gebirge wird insbesondere noch durch die Kostspieligkeit der Beschaffung der Düngemittel behindert. Eine Abhilfe dieses Ubelstandes Seiten der Hohen Staatsregierung könnte leicht

14. "durch Ermäßigung der Kalkpreise in den Kalkwerken zu Hermsdorf und Lengefeld, sowie durch den Erlaß /Bl. 10/ des Chausseegeldes bei allen Führen zum Zwecke des Wirthschaftsbetriebs, z. B. bei Herbeischaffung des Seifensieder-Ausschlags, Guanos, Düngekalks pp."

ermöglicht werden. Eine bedeutende Beschränkung der freien Disposition über das Grundeigenthum enthält Art. 3 des Gesetzes vom 30. November 1843, die Theilbarkeit des Grundeigenthums betreffend. Will man auch die in dieser Bestimmung liegende Härte mit der hierdurch bethätigten Fürsorge für das Emporkommen der Landwirthschaft vertheidigen, so würde sich doch jedenfalls eine Ausnahme von dieser Bestimmung dann rechtfertigen lassen, wenn

15. "dem Vater oder Großvater sein Grunstück unter seine Kinder oder Enkel in beliebige Parzellen zu theilen", /Bl. 10b/ gestattet würde.

Daß sich die Einführung der Leichenschau nicht bewährt hat, ist wohl eine durch die Erfahrung bewährte Thatsache und es bedarf daher das Gesuch

16. "um Wiederaufhebung des die Leichenschau betreffenden Gesetzes und Besorgung der Leichenschau durch verpflichtete, gehörig zu beaufsichtigende, Leichenabwäscherinnen",

keiner weiteren Modification. Zur Aufhülfe der armen Holzdrechsler hiesiger Gegend möchte ferner die Bitte,

17. "um Ermäßigung der Holzpreise in den Staatswaldungen, namentlich der des Nutzholzes, und Abstellung des Flößens von Nutzhölzern, und um schnellere Abgabe der Communhölzer aus /Bl. 11/ den fiscalischen Waldungen"

nicht unbillig erscheinen.

Die bevorstehende Abgabe der Patrimonialgerichtsbarkeit läßt

18. "eine Befreiung der Gerichtsunterthanen von der subsidiarischen Übertragung der peinlichen oder Untersuchungskosten überhaupt, sowie eine Verminderung der Kostenansätze bei Kaufs-

Confirmationen, Bestellung und Löschung von Hypotheken, so wie bei Erbschaftsregulirungen"

wohl ohne besondere Anträge hoffen. Bei der beabsichtigten Einführung des neuen Besteuerungssystems endlich dürfte

19. "die Besoldung der Localsteuer-Einnehmer aus Staatskassen, mithin ohne Zuthun

/Bl 11b/ der Gemeinden",

zweckmäßig erscheinen, sowie hierbei gewiß

20. "die völlige Aufhebung der für die Fleischer ebenso wie für die Consumenten drückenden Schlachtsteuer, oder allermindestens die Befreiung derjenigen Stücke hiervon, die aus Noth geschlachtet werden",

bereits Berücksichtigung gefunden haben wird, da dem Armen und Unbemittelten der Genuß des Fleisches gerade am meisten zu gönnen ist, weil er am meisten kräftigender Lebensmittel bedarf. Eben- deshalb bitten wir :

21. "um zollfreies Einführen allen Zucht- und Schlachtviehes aus dem Auslande für den Grenzbezirk".

Sollte mit Einführung der Einkommensteu-

/Bl. 12/ er die völlige Aufhebung der Grundsteuer nicht in Verbindung stehen, so würde gewiß

22. "eine Ermäßigung der Grundsteuer von Häusern ohne Grundbesitz"

der Billigkeit entsprechend sein, da diese Hausgrundstücke weit höher, als die mit Grundbesitz versehenen besteuert sind.

Eine große Härte liegt noch in den bei Aushebung der Mannschaften zum Militairdienste gehandhabten Bestimmungen, und es kommt nicht selten vor, daß den Wirthschaften der Wirth durch die Aushebung entzogen wird. Im Interesse der Landwirthschaft wäre daher wohl

23. "eine Befreiung vom Militairdienste dann zu wünschen, wenn durch die Aushebung der Wirth der Wirthschaft entzogen

/Bl. 12b/ wird".

Drückend ist ferner die Verbindlichkeit der Dorfgemeinden zur Unterhaltung der Communicationswege, seit man in dieser Beziehung weit höhere Anforderungen als früher stellt. Gleichwohl sind die zur Verbindung der Dörfer dienenden Wege ebensogut öffentliche, von jedem Passanten benutzte, als die zur Verbindung der Städte dienenden Chausseen und Landstraßen. Sollen die Dörfer daher den

Städten nicht nachstehen, so wird

24. "die Übernahme der Unterhaltung der Kommunikationswege Seitens des Staatsfiskus"

nur als ein Akt der Nothwendigkeit und Billigkeit erscheinen.

Bei dem zu hoffenden Wegfall der gutsherrschaftlichen Frohnen und Dienste wird hoffentlich auch

/Bl. 13/ 25. "die Aufhebung der von den Bergbehörden in hiesiger Gegend noch in Anspruch genommenen Kohlenfuhrdienste"

erfolgen. Endlich halten wir es für angemessener und die wahre Volksvertretung fördernder, wenn

26. "unter Aufhebung des Zweikammersystems beide Kammern der Königl. Hohen Sächsischen Ständeversammlung in eine verschmolzen würden".

Der schleunigen Abhilfe dieser Beschwerden und Gewährung dieser Bitten durch Vermittlung der Hohen Ständeversammlung vertrauensvoll entgegengehend, verharren wir in größter Ehrerbietung

Heidersdorf, Dittersbach, Ullersdorf, Pillsdorf, Friedebach, Clausnitz, Kämmers-

/Bl. 13b/ walde, Neuhausen, Einsiedel, Teuschneudorf, Heidelberg, Seifen, Niederseifenbach, Oberseifenbach, Dittmannsdorf, Dörnthal, Zethau, Helbigsdorf, Ober- und Niederhaselbach, Hallbach, Forchheim, Wernsdorf, Lippersdorf, Ober-, Mittel- und Niedersaida, Dorfchemnitz, Voigtsdorf, Großhartmannsdorf am 28. Mai 1848. (29)

Die Gemeinden daselbst durch ihre gesetzlichen Vertreter.

(30 Unterschriften folgen.)

(国立ドレーズデン文書館。邦議会1833—1918年。第2815号。1848年邦議会。上院文書。第59号。立法のさまざまな対象に関する、ラウターシュタインおよびフライベルク管区内の若干の農村自治体の請願書。)

(1848年6月5日到着<sup>(1)</sup>。)

郵便馬車代と配達料4Pf交付<sup>(2)</sup>。)

(上院<sup>(3)</sup>28。第4委員会<sup>(3)</sup>9。)

ザクセン王国……邦議会宛。

ザクセン王国の……邦議会が臨時邦議会<sup>(4)</sup>を開くにあたって、……署名した諸自治体は、……考慮してもらうために、その合法的代表者を通じて次の要望と苦情を上申する。

この提案は、全き平穩を回復するために、〔そして、〕興奮した人心を永統的に鎮静させる〔ために<sup>(5)</sup>〕、速やかな除去を達成しようとして<sup>(6)</sup>、すべての自治体構成員が等しく感じた弊害を除去するという請願を含んでいるにすぎないものである。それは次の通りである。

(1) 「不自然である、貴族の生得権の廃止、貴族および騎士領所有者を優遇するすべての法律と、後者によってなお行使されるが、今日の時勢に適さない諸権利との廃止」。

貴族と騎士領所有者とは我が邦においては、立法によって一連の特権を与えられた1つのカーストをなし、そのために彼らは他の国家市民に対して平等でない地位を占めている。貴族がこれらの権利を持っているのは、大部分は、彼〔貴族〕が国家の支柱と見なされていたし、実際これ〔国家〕に対してさまざまな役務を果たした時代のおかげである。〔しかし、〕これら〔の役務〕は現在ではすべての国家市民の均等な義務となっている。

しかしながら、大部分が時代〔の推移〕とともにすでに有益でなくなったあの諸特権の廃止は、これによって規定されている。

貴族の優遇は例えば服装条令、賭博、〔婚姻〕予告の免除、自宅での婚礼、自宅での洗礼、洗礼立会人の数と洗礼祝いの贈り物に関して見られ<sup>(7)</sup>、〔また、〕自力復讐に反対する訓令においては、名誉毀損事件で相手の厳しい処罰を提案する権利が、彼〔貴族〕に認められている。

貴族にのみ認められている、マイセン大聖堂の聖職禄受領権と〔国王の〕宮内官職に就任する権利とのほかに、裁判慣行は破産の際の生活費保留の利益に対する権利を〔貴族に〕付け加えた。また、以前の諸内閣は他のすべての地位の任命に際して、平民より貴族を目に立つほどに優遇した。

これらの権利に加えて、〔家族〕名の前の「フォン」という小語の付加のほかに、貴族の〔身分の〕高さに応じて、時には非常に俗悪に響く無数の尊称が貴族を目立たせている。貴族は実際、不名誉な犯罪のために処罰される貴族を、罰として平民身分に落とすように要求しさえしたのである。後者〔平民〕にとってはその構成員の名誉が貴族にとってほど重要ではないかのようである。国家が騎士領所有者に与えた権利も、同様に広範なものであった。

巨大な騎士農場は租税の完全な免除を享受した。そして、小土地所有がこれ〔騎士農場〕の代わりに租税を負担せねばならなかったのである。

軍隊への諸給付についても同様であり、騎士農場は宿営を免除されていた。1843年9月

11日の法律は第10条と第14条に騎士領所有者に有利な規定を含んでいる。

教区諸負担の徴収の際に騎士領所有者は1838年3月8日の法律の第9条以下、特に第15条において特別の恩典を承認された。

貴族と騎士領所有者に対するこれらの恩典は次第に増大したにちがいない。なぜなら、市民と農民は特別の権利を享受することなく、顔に汗して租税と貢租を支払ったのに対して、すべての給付を免除された貴族と騎士領所有者は、国家最高の頭職を容易に手に入れ、邦議会に代表を送り込み、その権限の拡大のために影響力を巧みに行使したからである。

〔領主による〕自分の土地での狩猟権の行使は裁判区領民の土地にも拡張され、騎士農場の土地がその川岸と接していない小川においても、〔領主の〕漁業権が行使された。

同時に、騎士領所有者は、彼が下僕と同様に任意に解雇しうる領主裁判所長を通じて、裁判権を行使した。その干渉に敢えて抵抗しようとする裁判区領民は、もちろん1人もいなかった。なぜなら、一般に恐れられている農場領主が要求した権利を拒否すれば、家産裁判所がいかに厳しく処罰するか、はよく知られていたからである。そこで、裁判領主から領民への諸給付は次第に中止され、反対に、領民から〔領主へ〕の諸義務は絶えず増大したのである。土地を抵当<sup>(8)</sup>にして資本を借り入れる場合に農場領主に納入されるべき認可料は、今日なお支払われているが、資本の安全に対する裁判領主の保証はすでに中止されている。領民に対する安価な木材の供給と引換えに裁判領主に支払われるべき貢租は、なお残っているが、木材の供給〔そのもの〕は中止された。創設された国民軍によって現在、農場領主を保護している裁判区領民は、数世紀前に彼ら〔領主〕の戦士<sup>(9)</sup>によって領民に与えられた保護のために、今日なお保護料を〔領主に〕支払っている。租税の免除されている騎士農場の中の、領民に売り渡された部分について、免税特権と引換えに〔支払われる〕領主への賃租は、〔その土地に〕租税が賦課されるようになってからも、残ってきた。

しかも、領主裁判所長は、管轄<sup>(10)</sup>下にあるすべての認可の授与の際に、農場領主のために十分に貢租を賦課してやることを怠らなかつた。

建築認可の授与の際には、新しい宅地に建築する者に対して、領主への年々の賃租が賦課された。

水車の建設のための認可は、競争を考慮することなく、農場領主に最高額の年賃借料を

提供した者に与えられた。

裁判領主は、裁判区村落における煙突掃除人の任命〔権〕さえ我がものとした。

領主への貢租の償却の際には、償却委員<sup>(11)</sup>は農場領主の館で宿泊し、食事を取ったが、彼らはしばしば明白に後者〔領主〕の弁護士<sup>(11)</sup>の役を演じた。そして、法律に関して援助を受けない農村住民は、善良にもすべてについて他人の言う通りにしたのである。

このように農民は常に、騎士領所有者の手中にある単なる道具にすぎず、国家に対する後者〔領主〕の公課をも分担する義務を負い、農場領主への貢租を賦課されたが、法的保護の権利を得ることも、自分の利害を代表することもできなかった。

しかも、領主裁判所長は、関係者の意志に反してでもすべての貢租を〔土地〕売買証書に記入することを怠らず、契約締結者<sup>(12)</sup>に対しては承認拒否を手段として、農場用具の譲渡、その他の違法な事柄の甘受を強要した。

我々の……次の提案はこれを基礎としている。

- (2) 「煩瑣な訴訟を避けるために、農場領主に納入されるべき貢租と、償却委員会によって定められた償却地代との合法性を審査する委員会の任命、および、欠損となった償却地代の国庫引受け。全く均等な課税は、それでなくても自然によって継子扱いされている山地住民にとって、最も願わしいことであるが、それはこのようにしてのみ我が国にもならされるのである」。
- (3) 「各人がその土地で自ら狩猟しうるように、〔他人の土地での〕狩猟権の廃止」。
- (4) 「それに接している土地の所有者による流水の自由な利用と漁業権の行使」。
- (5) 「それが悪用されるので、水車の建設と家屋の新築に関する裁判領主の認可権の廃止」。
- (6) 「裁判区村落における煙突掃除人に関する裁判領主のいわゆる任命権の廃止と、自治体へのこの権限の委譲」。

裁判領主の同様に重要な権利で、自治体の自然的自由を侵害するものは、教会保護権である。全集落の倫理的・精神的高揚と、他方における道徳的・知的沈下とは、後者〔集落〕が、すべての者に信頼される人物を聖職者・学校教師として持つかどうか、にかかっている。そのために、子供の教育〔と〕<sup>(13)</sup>自分自身の教化を委ねようとする人物を、最上の信念に従って自ら選ぶことは、農村自治体の諸事情から生じる、後者〔自治体〕の神聖な権利であり、その倫理的・精神的状況を規定するものである。従来はこの権利も裁判

領主によって自治体から奪われていた。後者〔領主〕はそれ〔保護権〕を、個人的な義務を取り除いたり、自分の家庭教師を就職させたりする好機と見なし、教師あるいは牧師として押し付けられた人物に、自治体が愛と信頼を持つかどうか、を気にしなかった。そのために、

(7) 「教会保護権の廃止と自治体による聖職者・学校教師の任命」

の提案は確かに最も時宜を得た、是認に値するものと言ってよい。これと結び付くのが、

(8) 「聖職者・学校教師の〔俸給の〕固定化を行なうこと」

という要望である。なぜなら、聖式謝礼、特に告解料の徴収は、聖職者層に対して望まれるところの、一般的で完全な尊敬とは必ずしも一致せず、むしろ、台帳に基づくあの〔聖式〕謝礼の取得、十分の一税の引渡し、告解料の徴収からは、聖職者層にふさわしくない、こまごました紛争と不和がしばしば発生するからである。牧師の土地の経営も、聖職者の職務を他に向けるので、同様に聖職者層の品位にふさわしくないであろう。牧師の土地を没収し、その売上金を聖職者の〔俸給の〕固定化に用いることは、時代の要求する必要事であろう。

この点と密接に関連しているのが、監督〔権〕である。これは従来、教会・学校に関する諸事項において地方監督部および、その上位にある中級官庁によって行使され、とりわけ、教会財産の管理と教会の建物の建築の際に、教会・学校共同体の自治を最も深く傷つける仕方に取り扱われてきた。〔監督権者の〕事前の討議が指令されているが、そのために生じる費用がしばしば非常に大きいので、それに関係する金庫〔からの支出〕を考慮して、最も合目的な建築物変更でさえも可能なかぎり延期された。それに反して、第一に関与する〔教会・学校〕共同体の意見は、稀にしか聴取されなかったのである。そのために、

(9) 「教会・学校に関する事項一般について、〔教会・学校〕共同体の自治の強化が望ましい」。

しかしながら、我々の上位にある官庁が建築の問題で〔教会・学校〕共同体に対して行なうこの監督〔権〕は、私人の建物にも同様に及んでいる。ほとんどすべての建築物変更前先立って、金のかかる裁判所の視察が行なわれる。そして、1775年2月18日の村落消防令第1章第2条の規定に反することであるが、国王の管区と家産裁判所はこれに関する討

議のために、ほとんどどこでも費用を請求する。

さらに、1841年3月11日の指令の第4条第2項によれば、当地方については藁による屋根葺きが許されているけれども、この恩恵は住民の役に立っていない。なぜなら、大抵の〔地方〕官憲は、この……指令の第10条に従って必要とされる間隔が大抵の場合に不可能であるので、まず初めに、金のかかる免除許可を要求するからである。このような場合に中級官庁は、ある時は、請願された免除を許可したり拒絶したりし、ある時は、あの指令の第4条第2項を引き合いに出して免除許可を必要なしと見なしてきた。

しかし、本当に煩わしいのは……王立火災保険委員会の取扱いである。これ〔委員会〕は、硬直した形式から少しも離れることができないで、また、気象状況と建築主の資力とを顧慮しないで、一度採用された原則を一貫して厳格に実施することで、最高の名声を得ようとしている。引用された……指令の第6条によって〔地方〕官憲は、山地の小住宅にとって非常に合目的な、〔粘土を〕固めた煙突<sup>(14)</sup>の設置を許可することができるが、この許可をそれ〔委員会〕は全く不可能にしている。それにもかかわらず、固めた煙突は当地方にとって最も信頼できるものである。なぜなら、はるかに金のかかる煉瓦煙突は、冬の厳しい寒気のためにしばしば割れるが、固めた煙突は火災にさえよく耐えたことが、稀でないからである。それ〔固めた煙突〕はまた、作りが上等の場合には、決して火災の危険のあるものではない。それに従って我々は以下を請願する。

(10) 「建築監督事項における〔監督官の〕無料派遣に関する村落消防令第1章第2条の規定を厳命すること」。

(11) 「1841年3月11日の指令の第4条第2項を、当地方では藁による屋根葺きは免除を必要としない、と解釈すること」。また、

(12) 「固めた煙突を当地方で許可すること」。

さらに、自治体はその代表者の選出を自ら行ない、司るだけの教育程度を持つと信じるので、〔地方〕官憲の協力は不必要であろう。そして、

(13) 「将来は〔地方〕官憲の協力のない；自治体自身による自治体代表者の選出

〔という要求〕は躊躇する必要のないものであろう。

山地における農業の発展は、肥料調達に金がかかることによって特に阻害される。……邦政府によるこの窮境への救済は、

(14) 「ヘルムスドルフ<sup>(15)</sup>とレンゲフェルト<sup>(16)</sup>の石灰作業所の石灰価格の引下げによっ

て、また、農業経営のためのすべての運送、例えば、石鹼製造の際の屑（?）、糞化石<sup>(17)</sup>、肥料用石灰などの運搬の際の舗道通行料の免除によって

容易に可能となるであろう。土地の分割に関する1843年11月30日の法律の第3条は、土地の自由処分の著しい制限を含んでいる。農業発展のための配慮がこれによって実証されるとして、この規定に含まれる厳しさが弁護されるとしても、

(15) 「父あるいは祖父がその土地の任意の地片を自分の子供たち、あるいは孫たちに分割すること」

が許される場合には、この規定からの除外も恐らく是認されるであろう。

検死の導入が失敗であったことは、経験によって確証された事実であり、そのため、

(16) 「検死に関する法律の再廃止と、十分な監視の義務を負った、湯濯女による検死の処理」

の請願は、それ以上の変更を必要としない。さらに、当地方の貧乏な鞭轡師の扶助のために、

(17) 「国有林の木材、特に用材、の価格の引下げと用材の役流しの停止、および、村のための木材を国有林から一層速やかに引き渡すこと」

の請願は不当ではないであろう。

家産裁判権の委譲が差し迫っているので、

(18) 「一般に刑事事件費あるいは札問費用の補充支払いから裁判区領民を解放すること、〔土地〕売買の承認、抵当権の設定と抹消、遺産の整理の際の〔手続〕費用請求〔額〕を引き下げること」

が、特別の提議がなくても、要望される。最後に、新しい課税制度の導入が意図されているが、その際には、

(19) 「国庫から、したがって、自治体の助力なしに、地方徴税官に俸給を支払うこと」が合目的的であろう。また、

(20) 「肉屋と消費者をともに圧迫する屠殺税を完全に廃止すること、あるいは少なくとも、やむをえず屠殺された家畜については、それを免除すること」

は既に考慮されたであろう。なぜなら、滋養のある食料を最も必要とする貧民と無資産者にとって、肉の摂取は正に最も願わしいものであるからである。正にそのために我々は、

(21) 「国境地域について外国からのすべての種畜と屠畜の無関税輸入」

を請願する。

地租の全廃が所得税の導入と結び付かないとすれば、

(22) 「土地を所有せぬ〔者の〕家屋からの地租を引き下げること」

が確かに公正であろう。なぜなら、このような宅地は、〔耕区に〕土地を所有する〔者の〕それ〔宅地〕よりはるかに高く課税されているからである。壮丁を兵役に徴兵する際  
の諸規定も非常に厳しい。そして、徴兵のために戸主が経営から引き去られることが稀で  
ない。したがって、農業のためには、

(23) 「戸主が徴兵によって経営から引き去られる場合には、軍役からの免除が要望され  
る」。

さらに、連絡路を維持するという村落自治体の義務は、これに関する要求がかつてより  
はるかに高くなって以来、重圧的である。村々の連絡に役立つ道路は、諸都市の連絡に役  
立つ舗道・国道と同じく、すべての歩行者の利用する公的な〔道路〕である。そのため  
に、村落が都市の下位に立つべきでないとするれば、

(24) 「連絡路の維持を国庫で引き受けること」

は、必要で公正な行為であろう。

農場領主への賦役・奉公は廃止が要望されるが、その際には、

(25) 「鉱山官庁によって当地方でなおも請求されている炭運搬賦役の廃止」

も行なわれることが要望される。最後に、

(26) 「二院制を廃止して、……ザクセン王国邦議会の両院を一〔院〕に統合すること」

を我々は、一層適当な、真の国民代表〔制〕を一層支援するものであると考える。

我々はこれらの苦難の速やかな救済と……邦議会の仲介によるこれらの請願の承諾と  
を、確信をもって予期している。敬具。

ハイダースドルフ<sup>(18)</sup>、ディッターズバハ<sup>(19)</sup>、ウッラーズドルフ<sup>(20)</sup>、ピルスドルフ<sup>(21)</sup>、  
フリーデバハ<sup>(22)</sup>、クラウスニツ<sup>(23)</sup>、ケンマースヴェテルデ<sup>(24)</sup>、ノイハウゼン<sup>(25)</sup>、アイン  
ジーデル<sup>(26)</sup>、ドイッチェ・ノイドルフ<sup>(27)</sup>、ハイデルベルク<sup>(28)</sup>、ザイッフエン<sup>(29)</sup>、ニー  
ダー・ザイッフエンバハ<sup>(30)</sup>、オーバー・ザイッフエンバハ<sup>(31)</sup>、ディットマンズドル  
フ<sup>(32)</sup>、デルンタール<sup>(33)</sup>、ツェタウ<sup>(34)</sup>、ヘルビヒスドルフ<sup>(35)</sup>、オーバー・ハーゼルバ  
ハ<sup>(36)</sup>、ニーダー・ハーゼルバハ<sup>(36)</sup>、ハルバハ<sup>(37)</sup>、フォルヒハイム<sup>(38)</sup>、ヴェルンズドル

フ<sup>(39)</sup>, リッパースドルフ<sup>(40)</sup>, オーバー・ザイダ<sup>(41)</sup>, ミッテル・ザイダ<sup>(42)</sup>, ニーダー・ザイダ<sup>(43)</sup>, ドルフケムニツ<sup>(44)</sup>, フォークツドルフ<sup>(45)</sup>, グロース・ハルトマンズドルフ<sup>(46)</sup>にて, 1848年5月28日。

(29<sup>(47)</sup> [村署名])

同地の諸自治体の法的代表者。

(署名者30人<sup>(48)</sup>)

[注]

- (1) eingegangen の略語。
- (2) zugestellt 4 Pf. Porto und Bestellgeld の略語。
- (3) die Erste Kammer と die Vierte Deputation の略語。これは, 第1図から分かるように, 第1ページ欄外下方に書かれている。また, これと, 前注(1)-(2)の文字とは邦議会の書記によって記入されたものである。
- (4) 48年臨時邦議会については松尾(b), 441ページ注③参照。
- (5) 原文を私は……völliger Ruhe, der bleibenden Beruhigung……としか読むことができないが, ……Ruhe und der bleibenden……と解する。
- (6) 原文を私は……Abstellung erheischen としか読むことができないが, ……Abstellung zu erheischen と解する。
- (7) 原文を私は finde hier としか読むことができないが, finde sich hier と解する。
- (8) 原文を私は Verunterpfändung としか読むことができないが, Verpfändung と解する。
- (9) 原文を私は Reißigen としか読むことができないが, Reisigen と解する。
- (10) 原文を私は Ressor としか読むことができないが, Ressort と解する。
- (11) これは特別償却委員会委員のことである。
- (12) 原文を私は Pocsicenten としか読むことができないが, Paciscenten と解する。
- (13) 原文を私は……ihrer Kinder, ihre eigne Bildung としか読むことができないが, ……Kinder und ihre eigne……と解する。
- (14) 原文を私は Preßösen としか読むことができないが, Preßessen と解する。以下同じ。
- (15) この名称をもつ村は, ザクセンとチューリンゲンに数多くある。Schumann, Bd. 4, S. 6-17; Schumann, Bd. 16, S. 828-840. しかし, 石灰岩層と石灰窯のあるのは, Frauenstein 管区のヘルムズドルフ村のみである。Schumann, Bd. 4, S. 13-14. 地代管区役所の経営する当村の石灰窯と石灰石採石場については Schiffner, Bd. 2, S. 657でも言及されている。
- (16) この名称をもつ集落も, ザクセンとチューリンゲンにいくつかある。Schumann,

- Bd. 5, S. 617-622; Schumann, Bd. 17, S. 833-838. しかし、石灰石採石場と石灰窯をもつのは、Wolkenstein 管区のレンゲフェルトのみである。これは小都市であり、同時に村落でもあった。Schumann, Bd. 5, S. 618-619; Schumann, Bd. 17, S. 835-836. 1835-42年からレンゲフェルト市のみが存在することとなった。Blaschke, S. 324. 当地の王有石灰石坑と石灰窯については Schiffner, Bd. 1, S. 298にも記述がある。
- (17) ザクセンでは糞化石の利用は1842年に始まった。その年の輸入量は僅か5ツェントナーであったが、48年には1.9万ツェントナーに近付き、54年には12万ツェントナーに達した。Reuning, S. 106-107; Groß, S. 154.
- (18) 松尾(a), IV, 239ページ, 注(1)参照。
- (19) 松尾(a), I, 173, 175ページ, 注(2)参照。
- (20) 松尾(a), II, 231ページ, 注(3)参照。
- (21) 今日では Pilsdorf と綴られる。松尾(a), I, 193, 195ページ, 注(2)参照。ただし、Lommatzsch, S. 36によれば、この集落は既に1834年には上記ウッラースドルフに合併されていた。
- (22) 松尾(a), III, 171, 173ページ, 注(2)参照。
- (23) 松尾(a), V, 127ページ, 注(1)参照。
- (24) 今日では Cämmerswalde と綴られる。松尾(a), IV, 265ページ, 注(1)参照。
- (25) 松尾(a), I, 170ページ, 注(2)参照。——ハイダースドルフ以下7村(ビルスドルフはウッラースドルフに含める)は、騎士領プルシェンシュタインに所属し、フライベルク管区内にあった。
- (26) Deutsch-Einsiedel を指す。この村は一部が騎士領プルシェンシュタインに、一部が管区に所属した。また、一部はフライベルク管区に、一部は Frauenstein 管区内にあった。松尾(a), I, 191ページ, 注(19)参照。
- (27) 今日では Deutsch-Neudorf と綴られる。1834年の人口が772人であった。村長の土地(Erbgericht あるいは Lehngericht)がある。木製品を産する。Schumann, Bd. 1, S. 624-625; Schumann, Bd. 7, S. 16-18; Schiffner, Bd. 2, S. 602; Blaschke, S. 306-307. 標高は600-700mである。
- (28) 1834年の人口が1349人であった。村長の土地(Erbgericht あるいは Lehngericht)がある。木製品を産する。Schumann, Bd. 3, S. 750-751; Schumann, Bd. 16, S. 773-776; Schiffner, Bd. 2, S. 616; Blaschke, S. 304. 標高は680-720mである。
- (29) 今日では Seiffen と綴られる。松尾(a), I, 199ページ, 注(2)参照。——以上3村は騎士領プルシェンシュタインに所属し、フライベルク管区内にあった。
- (30) 今日では Niederseiffenbach と綴られる。1834年の人口が412人であった。木製品を産する。一部は管区に、一部は騎士領プルシェンシュタインに所属した。また、一部はラウターシュタイン管区内に、一部はフライベルク管区内にあった。Schumann, Bd. 7, S. 326-329; Schumann, Bd. 18, S. 342; Schiffner, Bd. 2, S. 630; Blaschke, S. 309. 標高は520mである。
- (31) 今日では Oberseiffenbach と綴られる。1834年の人口が384人で、管区村落であった。ラウターシュタイン管区内にあった。Blaschke, S. 309.

- (32) 騎士領プファッフローダ（Pfaffroda）に所属し、フライベルク管区内にあった。松尾(a), II, 263ページ, 注64参照。
- (33) 松尾(a), II, 263, 265ページ, 注68参照。
- (34) 1834年の人口が1237人であった。Blaschke, S. 311.
- (35) 1834年の人口が597人であった。Blaschke, S. 304——以上3村は騎士領デルンタールに所属し、フライベルク管区内にあった。
- (36) 上下両集落は1834年にすでに1農村自治体を構成していた。同年の人口が合計647人であった。ニーダー・ハーゼルバハは同名の騎士領に、オーバー・ハーゼルバハは騎士領ニーダー・フォルヒハイムに所属した。ラウターシュタイン管区内にあった。Blaschke, S. 323.
- (37) 1834年の人口が488人であった。騎士領プファッフローダに所属し、フライベルク管区内にあった。Blaschke, S. 303.
- (38) 1834年の人口は1213人であった。騎士領ニーダー・フォルヒハイムとオーバー・フォルヒハイムに所属した。Blaschke, S. 322.
- (39) 1834年の人口は321人であった。騎士領ニーダー・フォルヒハイムに所属した。Blaschke, S. 328.
- (40) 1834年の人口は919人であった。騎士領リッパースドルフ、ニーダー・フォルヒハイムおよびオーバー・フォルヒハイムに所属した。Blaschke, S. 325.
- (41) 1834年の人口は441人であった。騎士領ニーダー・フォルヒハイムとミッテル・ザイダに所属した。Blaschke, S. 327.
- (42) 1834年の人口は643人であった。騎士領ミッテル・ザイダとオーバー・フォルヒハイムに所属した。Blaschke, S. 327.
- (43) 1834年の人口は364人であった。騎士領リッパースドルフとオーバー・フォルヒハイムに所属した。Blaschke, S. 327.——フォルヒハイム以下6村はラウターシュタイン管区内にあった。
- (44) 騎士領ドルフケムニツに所属した。松尾(a), III, 214ページ, 注22参照。
- (45) 騎士領フォークツドルフに所属した。松尾(a), III, 214ページ, 注21参照。
- (46) 1834年の人口は1654人であった。騎士領グロース・ハルトマンスドルフに所属した。Blaschke, S. 303-304. ——以上3村はフライベルク管区内にあった。
- (47) この数字は邦議会の書記によって記入されたと考えられるが、署名した農村自治体の数は28であろう。前注21と28参照。
- (48) 判読不能の署名者は30人である。前注21と28にもかかわらず、ピルスドルフとハーゼルバハの上下両集落との代表者が署名しているのかもしれない。

〔引用文献〕

- Blaschke, Karlheinz (Hrsg.), *Historisches Ortsverzeichnis von Sachsen*, Leipzig 1957.
- Groß, Reiner, *Die bürgerliche Agrarreform in Sachsen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts*, Weimar 1968.

- (Lommatzsch, Georg,) "Die Einwohnerzahlen der Landgemeinden von 1834 bis 1900 und die Veränderungen in der Verwaltungseinteilung des Königreichs seit 1815", in: *Zeitschrift des K. Sächsischen Statistischen Landesamtes*, Bd. 51, 1905.
- 松尾(a)=松尾展成, 「「九月騒乱」期における騎士領プルシェンシュタイン所属集落(南ザクセン)からの請願書」, Ⅰ-Ⅴ, 『岡山大学経済学会雑誌』, 12巻2号-13巻2号, 1980-81年。
- 松尾(b)=松尾展成, 「三月革命期における騎士領プルシェンシュタイン所属村落(南ザクセン)からの請願書への序論」, 同上誌, 19巻3・4号, 1988年。
- Reuning (Theodor), *Die Entwicklung der Sächsischen Landwirtschaft in den Jahren 1845-1854*, Dresden 1856.
- Schiffner, Albert, *Handbuch der Geographie, Statistik und Topographie des Königreiches Sachsen*, 2 Bände, Leipzig 1839-1840.
- Schumann = August Schumann und Albert Schiffner, *Vollständiges Staats- Post- und Zeitungs-Lexikon von Sachsen*, 18 Bände, Zwickau 1814-1833.